

Schluss mit Kriegsvorbereitung und Sozialabbau!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Friedensaktivisten, ich freue mich, dass ich als Gewerkschafter, der sich gegen Krieg und sozialen Krieg engagiert auf dem traditionellen Ostermarschauftritt in Bruchköbel sprechen darf. Ich begrüße besonders, dass diese Kundgebung **„Schluss mit Kriegsvorbereitung und Sozialabbau!“** von der **DGB-Region Südosthessen unterstützt wird. Das ist genau mein Ding!**

Wir Gewerkschafter kämpfen mit der Friedensbewegung gegen den Krieg und in den Betrieben, Büros und vor allem in unseren Gewerkschaften gegen den sozialen Krieg, denn **„Soziale Gerechtigkeit und Frieden sind untrennbar miteinander verknüpft.“** Ich zitiere hier aus dem Aufruf des DGB-Hamburg zum Ostermarsch - das ist eine wichtige Position der Gewerkschaften.

*Für die Friedensbewegung stehen „Die Ostermärsche (...) 2026 unter dem Eindruck der Kriege, welche nach wie vor in der **Ukraine** und (...) in der **Golf-Region** herrschen. Die Friedensbewegung fordert von der **Bundesregierung** diplomatische Initiativen zur Beendigung der Kriege, eine Stärkung des Völkerrechts und Einsatz für die Leidtragenden der Kriege. Scharfe **Kritik der Friedensbewegung** wird an der selektiven Auslegung des **Völkerrechts** durch die **Bundesregierung** geübt...“* (Website der „Friedenskooperative“: „Themen der Ostermärsche“)

Und ich muss hinzufügen: **Ja, auch die Bundesregierung tritt das Völkerrecht mit Füßen, indem sie sich an die Seite der Aggressoren gegen das iranische Volk stellt.** „Wir wollen keine „Hilfe“ von außen, die nur Tod und Zerstörung bringt“, sagen uns die Iraner immer wieder, für deren gewerkschaftlichen Rechte wir Gewerkschafter uns einsetzen.

Wir wissen: Es gibt im Iran eine lebendige Arbeiterbewegung (die Arbeiter der Zuckerrohrgesellschaft Haft Tappeh oder die Kollegen der Teheraner Busfahrgewerkschaft Vahed), die immer wieder zu Streiks vor allem am 1. Mai aufruft. Aber sie ist zersplittert und wird vom Mullah-Regime mit Haft und Folter brutal unterdrückt.

Wir stehen solidarisch an der Seite des Widerstandskampfs der iranischen Arbeiter, Frauen und Studenten gegen Krieg und gegen das Regime“

Gaza – Libanon – Venezuela – Kuba – jetzt Iran, das in die Steinzeit gebombt werden soll (Trump)

Das Ergebnis der Kriege des US-Imperialismus sind keine „Regimewechsel“, sondern die Kriege hinterlassen einen Graben von Zerstörung, Chaos und Barbarei. Der sich in ökonomischer Krise befindende US-Imperialismus, der stärkste unter den Imperialismen, will sich mit brutaler Gewalt wieder politisch aufrichten – und wird dabei unterstützt von den europäischen Vasallen „E 3“ (Merz, Macron und Starmer).

Auch wenn einige Staaten wie Spanien, Österreich, Frankreich – aufgrund des Drucks der eigenen Bevölkerung – die Nutzung der Nato-Basen verweigert, so ist das keine Wende in der Politik der Kriegsvorbereitung durch die europäischen Regierungen.

Der DGB setzt in seinem Ostermarschaufruf auf die EU als „Friedensorganisation“. Aber ist es nicht die EU, die mit 800 Mrd. Euro den Krieg in der Ukraine eskaliert und gleichzeitig die Situation nutzt, Freihandelsabkommen mit Indien, Südamerika und anderen abzuschließen. Freihandelsabkommen ohne Tarifverträge, ohne Gewerkschaften. Sie haben keinen Platz bei der Verbreitung der prekären Arbeit.

„**Der Feind steht im eigenen Land**“ – Die Regierung Merz deckt die mörderische und zerstörerische Politik von Trump ab. Deshalb weist die Friedensbewegung zurecht auf „... die **massive Aufrüstung Deutschlands**“ hin.

„Das gefährliche Wettrüsten birgt ein großes **Eskalationspotential ... und verschlingt immense Ressourcen, die dringend für Bereiche wie Klimaschutz, Bildung, Soziales und das Gesundheitswesen benötigen werden.**“

Wir sind konfrontiert mit einer...

...**Ausgabenexplosion von 100 ten Mrd. von Euro für die Rüstung** - die von US-Administration und Nato geforderten 5 % des BIP - das sind 200 Mrd. Euro, annähernd die Hälfte des Bundeshaushalts -, die wir über unsere Steuergelder finanzieren sollen und **die die Tarifkämpfe für Reallohnsicherung erdrücken.**

Wir sind konfrontiert mit einer

...**beispiellosen Militarisierung der Gesellschaft**, einmalig seit dem 2. Weltkrieg: Einführung der Kriegsdienstpflicht ohne Recht auf Auslandsreise, die unsere Jugend zum Kanonenfutter an der Ostflanke der Nato schicken will, und wogegen die Schülerinnen und Schüler zu 10.000en aufbegehren... (Julian wird darauf sicher eingehen).

Die Pläne für die Kriegsvorbereitung eines Krieges gegen Russland ab 2029 sind bereits geschrieben: wie der geheime „Operationsplan Deutschland“ oder das Grünbuch „Zivil-militärische Zusammenarbeit 4.0“, das die Umsetzung der Militarisierung des Gesundheitswesens vorsieht.

Krankenhäuser werden auf „Reverse Triage“ getrimmt: Es wird bei einem Krieg mit Russland mit täglich 1.000 verletzten Soldaten gerechnet. Ihre Kampffähigkeit wiederherzustellen hat Vorrang vor OPs von Krebspatienten. Das Beispiel Israel, das sich in einer Kriegswirtschaft befindet, zeigt, dass die Unterwerfung des Gesundheitswesens unter den Krieg zur Erhöhung der Sterblichkeit führt, weil die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung dem Krieg unterworfen ist - **das ist nicht zu akzeptieren!** (Monika wird auf die Maßnahmen genauer eingehen)

Gegen diese Politik gibt es gewerkschaftlichen Widerstand auch in Deutschland:

... dieser drückt sich z.B. aus in Tarifrunden für den Erhalt des Reallohns gegen Inflation und Preise, die durch die Sanktionen gegen Russland und jetzt Iran explodiert sind:

„**Wir brauchen die Mrd. für Schulen, Kitas, Krankenhäuser... statt Rüstungsausgaben**“, rufen deshalb die Streikenden immer wieder. **Das unterstützen wir Gewerkschafter natürlich!!**

Auch das 500 Mrd.-Sonderprogramm Infrastruktur hat keine Lösung gebracht. Es gibt keine Gelder für mehr Lehrer, Erzieher, Pflegepersonal, stattdessen wird durch die hessische CDU-/SPD-Koalition bei den Lehrerstellen gekürzt. An den Unis werden Stellen und Seminare eingespart. Die Besoldung der Psychotherapeuten soll gekürzt werden... Die Gelder gehen in den Brücken- und Straßenbau für das Militär.

Wir sagen Nein zu der sozialzerstörerischen Politik der Kriegsvorbereitung, die mit der Einschränkung demokratischer Rechte verbunden ist.

Wir werden als Gewerkschafter – gestützt auf diese Widerstandskämpfe – mit Anträgen und Delegiertenbeiträgen auf dem **DGB-Bundeskongress 10.-13.5.2026** diese Ablehnung zum Ausdruck bringen.

Zentrale Sorge für uns Gewerkschafter*innen in diesem Jahr 2026 muss aber sein:

Noch im Herbst 2026 wollen die USA neue Mittelstreckenwaffen in Deutschland aufstellen. „Russland verkündete die Stationierung entsprechender Waffen in Belarus. Und mehrere EU-Staaten entwickeln eigene Mittelstreckenwaffen. Die Friedensbewegung

*lehnt diese Entwicklung entschieden ab und fordert Maßnahmen zur **Rüstungskontrolle**. Angesichts der anhaltend hohen Gefahr eines Atomkrieges und der Pläne zur Errichtung eines europäischen Nuklearschirms, bekräftigt die Friedensbewegung bei den Ostermärschen ihre **Forderung nach nuklearer Abrüstung**. **Dazu gehört der Beitritt Deutschlands zum UN-Atomwaffenverbot sowie der Abzug der US-Atombomben aus Büchel [in der Eifel].**“*

Wir dürfen nicht nur gegen die Raketenstationierung mobilisieren, sondern auch gegen die US- und Nato Standorte, die uns zur Zielscheibe machen.

Was passiert in Büchel:

◆ Übersicht mit KI

Die Situation um den Fliegerhorst Büchel in der Eifel (Rheinland-Pfalz) ist komplex und betrifft die Lagerung von US-Atomwaffen sowie die Modernisierung des Standorts. Hier sind die wichtigsten Punkte:

- **Lagerung von Atomwaffen:** Büchel gilt als der letzte Standort in Deutschland, an dem noch US-Atomwaffen (vermutlich 10-20 Bomben vom Typ B61) im Rahmen der nuklearen Teilhabe der NATO gelagert werden.
- **Modernisierung (B61-12):** Es ist geplant, die vorhandenen Atombomben durch modernere, präzisionsgesteuerte Varianten des Typs B61-12 zu ersetzen.
- **Stationierung von F-35 Kampffjets:** Der Fliegerhorst wird derzeit für über eine Milliarde Euro umgebaut, um ab voraussichtlich 2027/2028 die neuen F-35A Kampffjets zu stationieren, die die alten Tornados ersetzen und die Atombomben tragen können.

Modernisierung der Atomwaffen in Büchel
Mai 2015 an den Protesten der Friedensbewegung in Büchel beteiligen. Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit...

Komitee für Grundrechte und Dem...

SPD für Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in ...
13.08.2024 — tomerhawk...

Tagesschau · Stephan Stuchlik, ARD...

Nachgefragt: Stationierung von US-Raketen | Bundeswehr
20.10.2024 — die weltweite atomwaffen...

Müssen wir als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter angesichts der Barbarei und des Chaos, das Trump im Namen der BigTech-Konzerne in ihrer Gier nach Rohstoffen und Handelsketten organisiert, nicht noch radikaler werden, um den Frieden und soziale Gerechtigkeit zu gewährleisten? Müssen wir nicht sagen:

- ➔ **Keine Stationierung von US-Mittelstreckenraketen**
- ➔ **Verbot der Nutzung von Nato-Basen in Deutschland für den Krieg**
- ➔ **Schließung des Nato-Hauptquartiers in Wiesbaden und aller Nato-Basen in Deutschland – Austritt aus der Nato?**

Wir als Gewerkschafter treten für die Forderungen der Friedensbewegung ein und verbinden uns mit ihr – im Gegensatz zur Führung meiner Gewerkschaft ver.di, die das noch nicht tut. Aber wir haben in ver.di Beschlüsse von Gewerkschaftsgremien erreicht, die sich *für ein Nein zum Krieg und gegen den sozialen Krieg* ausgesprochen haben, wie die Aufrufe der Gliederungen von ver.di Ba-Wü, Stuttgart, München, Frankfurt, Saarland, wie auch in IG Metall und GEW, zum 3. Oktober 2025 – das ist schon ermutigend, dass wir etwas verändern können. Das reicht natürlich nicht.

Wir verbinden den Kampf gegen Kriegsvorbereitung, Militarisierung der Gesellschaft und Sozialabbau durch die Regierung Merz, indem wir weiterhin für unsere gemeinsamen Forderungen auf den Veranstaltungen und in den Gremien der Gewerkschaft, wie auf dem Ostermarsch, am 1. Mai, in den Tarifikämpfen, am Antikriegstag 1.9.... werben und informieren.

Gibt es eine politische Hoffnung? Woher soll sie kommen?

Beispiel: Paris, 4./5.10.2025 – Berlin, 30.5.2026 – London, 20. Juni 2026

Am 20. Juni findet eine zweite internationale Konferenz und Versammlung „**gegen den Krieg**“ statt. Dort nehmen Gewerkschaftsführer und Abgeordnete teil, die **Nein** sagen zur Politik der Kriegsvorbereitung ihrer Regierungen und die für eine andere Politik und Regierung mobilisieren. Sie stützen sich auf die Millionen, die sich - wie jetzt in den USA

zum 3. Mal, für „**No Kings, No War, No ICE**,“ diese faschistische Schergen Trumps, - mobilisieren. [Übersetzt heißt das: „Keine Diktatoren, Kein Krieg, keine neue SA!“]

Ich möchte Euch aus dem Aufruf für den 20. Juni 2026 ein paar Worte zitieren, es heißt dort: „**Die Gefahr droht unmittelbar...**

Wir kennen die Fratze des Kriegs nach dem Völkermord in Palästina,... Dieser Völkermord dauert auf Grund der Komplizenschaft westlicher Regierungen, die sich weigern, Maßnahmen zu ergreifen, um ihn zu stoppen. Dieselben Regierungen haben sich aktiv gegen den Frieden in der Ukraine ausgesprochen, einem Krieg der 1,5 Mio. Tote und Verwundete unter Ukrainern und Russen gefordert hat.

Sie erhöhen ständig die Militärausgaben der Nato und beginnen, die Jüngsten zu rekrutieren, um sie in die Katastrophe zu stürzen. Das Gerede vom Krieg hat sich in ganz Europa zu aktiven Kriegsvorbereitungen entwickelt.

Die arbeitende Bevölkerung sieht, wie das Geld, das für die Wiederherstellung ihres kaputten Gesundheitssystems, ihrer Verkehrsinfrastruktur, ihres Bildungswesens und ihres Wohnungsbaus ausgegeben werden sollten, in die Taschen ohne Boden der Rüstungskonzerne verschwindet, deren Gewinne schneller denn je steigen. (...)

„Wir sagen: Nehmt die Waffen runter, erhöht die Löhne, Wohlstand, kein Krieg! Arbeitsplätze, keine Kriegsdienstpflicht!“

Die Internationale Konferenz am 20. Juni in London wird unterstützt von einer der größten Gewerkschaften Englands, der Eisenbahnergewerkschaft, und anderen englischen Gewerkschaften sowie Abgeordneten aus weiteren Ländern wie Frankreich, Spanien, Portugal sowie Gewerkschafts- und politischen Verantwortlichen der Linken, aus Deutschland z.B., Britta Brandau, Ulrike Eifler oder Ex-MdB André Hunko oder Wolfgang Däubler...

Wir Gewerkschafter gegen Krieg und sozialen Krieg unterstützen diese internationale Konferenz und organisieren zwei Veranstaltungen in Frankfurt:

- am 23. Mai zur Vorbereitung der London-Konferenz und der Berliner Vorbereitungskonferenz am 30. Mai.2026

- am 20. Juni mit Direktübertragung des Meetings in Westminster Hall in London und Bericht von der nationalen Vorbereitungsveranstaltung am 30. Mai in Berlin.

Alle sind dazu herzlich eingeladen, den Aufruf für die internationale Konferenz mitzuunterstützen, die Veranstaltungen in Frankfurt mitzuorganisieren und natürlich teilzunehmen.

Solidarische Grüße und Glück auf!

oder wie es auf unseren ver.di Transparent heißt:

Nein zum Krieg! Ja zum Sozialstaat!

(Transparent ver.di Frankfurt und Region)

Rede beim Ostermarsch Bruchköbel am 3.4.2026

Michael Altmann – Gewerkschafter sagen Nein zum Krieg! Nein zum sozialen Krieg!